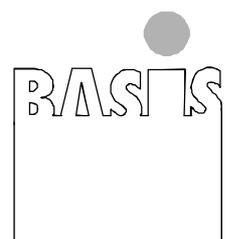




Seniorenpolitisches Gesamtkonzept Landkreis Haßberge

Protokoll zum Bürgergespräch
in der Stadt Eltmann



April 2011



BASIS-Institut
für soziale Planung, Beratung
und Gestaltung GmbH
Schillerplatz 16
96047 Bamberg

Tel.: 0951/98633-0
Fax: 0951/98633-90
E-Mail: INFO@BASIS-INSTITUT.DE



Ort und Zeit:

Das Bürgergespräch für die Stadt Eltmann fand am 14. April 2011 im Klenzesaal der Stadthalle statt. Beginn der Veranstaltung: 18:00 Uhr, Ende: 21:45 Uhr.

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Informationen zur Veranstaltung
3. Informationen zur Bevölkerungsentwicklung
4. Informationen zur Befragung der Generation 55+
5. Tischdiskussion
6. Plenumsdiskussion
7. Verabschiedung

Teilnehmer:

- Eichhorn, Daniela (BASIS-Institut)
- Rohlfs, Hauke (BASIS-Institut)
- Sauer, Dieter (Amt für Soziales und Senioren)
- Stäblein, Rita (Kreisrätin, Mitglied AK SPGK)
- Ziegler, Michael (1. Bürgermeister)
- ca. 20 interessierte Bürger

Protokollführer: Hauke Rohlfs

1 Begrüßung

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte Herr Bürgermeister Michael Ziegler alle Anwesenden und bedankte sich für das Interesse am Bürgergespräch. Die Verlegung des Bürgergespräches auf den heutigen Tag sei angesichts von nur zwei Anmeldungen für den ursprünglich geplanten Termin eine gute Entscheidung gewesen. Er übergab anschließend das Wort an Frau Daniela Eichhorn.

2 Informationen zur Veranstaltung

Frau Eichhorn begrüßte ebenfalls die Anwesenden, bevor sie über den Verlauf des Abends Auskunft gab. In diesem Zusammenhang beschrieb sie kurz den Hintergrund des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes.

3 Informationen zur Bevölkerungsentwicklung

Die vom BASIS-Institut auf Grundlage der Parameter des Statistischen Landesamts berechnete Bevölkerungsentwicklung wurde vorgestellt. Frau Eichhorn ging sowohl auf die Situation für den gesamten Landkreis ein als auch auf die allgemeinen Entwicklungen für die Stadt Eltmann.

Bis 2059 wird sowohl der Anteil der jungen als auch der arbeitenden Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Landkreis Haßberge in etwa halbiert. Nur der Anteil der älteren Bevölkerung nimmt sogar leicht zu. Damit verringert sich die Gesamtbevölkerung des Landkreises um knapp ein Drittel.

Der Altenquotient zeigt, dass die Stadt Eltmann mit ihrer Entwicklung im Mittelfeld der Gemeinden im Landkreis Haßberge liegt, das Verhältnis der 60-Jährigen und Älteren zu den 20- bis 60-Jährigen liegt im Durchschnitt des Landkreises. Daher ist zu vermuten, dass die Stadt in Zukunft eine ähnliche Bevölkerungsentwicklung erleben wird wie der Landkreis.

Insgesamt werden in Zukunft deutlich mehr Ältere deutlich weniger Jüngeren gegenüberstehen mit entsprechenden Herausforderungen für Familie, Nachbarschaft, Pflege und Infrastruktur. Allerdings ergeben sich dadurch auch große Potentiale durch eine große, vom Beruf freigestellte und fitte ältere Generation, so Eichhorn.

4 Informationen zur Befragung der Generation 55+

Im Anschluss wurden die Ergebnisse der Befragung der Generation 55+ vorgestellt. Diese Befragung wurde im gesamten Landkreis durchgeführt und sollte erfassen, welche konkreten Bedürfnisse und Vorstellungen die Menschen ab 55 Jahren haben. Die Ergebnisse wurden ebenfalls in einigen Bereichen für den Landkreis Haßberge und die Stadt Eltmann getrennt dargestellt.

In der Bewertung der Lebensqualität in ihrer Kommune liegen die Bürger der Stadt Eltmann im oberen Drittel der Ergebnisse, 60 bis unter 70 Prozent der Befragten bewerten die Lebensqualität in der Stadt positiv. Bei der Bewertung der Infrastruktur liegt die Stadt Eltmann im unteren Mittelfeld: 55 bis unter 70 Prozent der Befragten bewerten die Infrastruktur positiv, der Schnitt im Landkreis liegt bei etwa 70 Prozent. Am meisten vermischen die Bürger der Gemeinde einen Supermarkt in ihrer Nähe, dicht gefolgt von einem Augenarzt. Das Fehlen einer Kirche oder einer Gaststätte wird am wenigsten bemängelt.



Die Generation 55+ in der Stadt Eltmann möchte bei noch vorliegender Rüstigkeit am liebsten in ihrem eigenen Wohneigentum leben, dies trifft auf über 75 Prozent aller Befragten zu. Bei Pflegebedürftigkeit möchte man ebenfalls im eigenen Wohneigentum leben, das Leben in einer Mietwohnung bewerten die Bürger als schlechteste Option.

5 Tischdiskussion

Nach dem Vortrag wurden Tischrunden gebildet, an denen die Anwesenden in kleinen Gruppen über das gerade Gehörte diskutieren konnten. Die Ergebnisse der Diskussion sollten unter den drei Stichworten ‚Infrastruktur‘, ‚Wohnen‘ und ‚Engagement‘ notiert werden. Im Anschluss an eine 30-minütige Diskussionsphase konnten die Ergebnisse dann im Plenum vorgebracht werden.

6 Plenumsdiskussion

6.1 Stichwort ‚Infrastruktur‘:

- Da man zwei intakte Geschäfte vor Ort habe, brauche man keinen Dorfladen.
- Das üppige Angebot eines Supermarktes wäre schön, wäre aber nur eine Ergänzung.
- Auch Bäcker und Metzger gäbe es genug.
- Man würde sich über einen Augenarzt vor Ort freuen.
- Auf dem Friedhof sei der Weg zur Urnenwand ungeeignet, da dieser aus Schotter bestehe. Mit Rollstuhl oder Rollator sei dieser schwer zu überqueren.
- Auch die Pflasterung in der Innenstadt sei hier ein Problem.
- Man solle prüfen, ob vielleicht ein Bürgerbus eingesetzt werden könne, besonders um die kleinen Stadtteile besser anzubinden. Wie genau dies umzusetzen sei, ob durch Ehrenamt oder auf anderem Wege, müsse man prüfen.
- Die Entfernungen zu den Einkaufsmöglichkeiten seien gerade für ältere Leute doch recht groß. Zum Teil würden auch die steilen Wege Probleme bereiten.
- Man würde sich wünschen, dass die eingekauften Lebensmittel nach Hause geliefert würden. Den Einkauf könne man noch selbst bestreiten, nur der Transport nach Hause würde schwerfallen.
- Es wurde angemerkt, dass solch ein Service zum Teil schon existiere, aber wohl zu wenig bekannt sei. Ebenso existiere bereits ein mobiler Bäcker, der aber wohl auch zu wenig bekannt sei.

- Einkaufsfahrten in andere Ortschaften werden kritisch gesehen, da diese eventuell die Geschäfte vor Ort gefährden könnten.
- Mobile Verkaufsstände in den Ortsteilen wären gerne gesehen, da man hier die Ware selbst aussuchen und prüfen könne, anders als bei einer Warenbestellung bei einem Geschäft in der Stadt.
- Seit die Bedarfsampel abgeschaltet worden sei, sei der Weg zum Internisten erheblich erschwert, wenn man von der anderen Straßenseite komme.
- Es wurde angemerkt, dass die Bedarfsampel während des Umbaus der Mainbrücke noch einmal angeschaltet würde, aber danach aufgrund einer neuen Gesetzeslage zurückgebaut werden müsse.
- Man würde eine mobile Seniorenbetreuung für leichte Pflegedienste begrüßen, alternativ auch eine Abholung von zu Hause.
- Man kann sich vorstellen, Fahrdienste anzubieten und auch zu nutzen.
- Die Frage des Versicherungsschutzes bei solchen Fahrdiensten werde bereits geprüft.

6.2 Stichwort ‚Wohnen‘:

- Man bekräftigte, dass man gerne, so lange es geht, zu Hause im eigenen Haus wohnen möchte.
- So lange die Familie es ermöglichen kann, ihre Senioren zu pflegen, sollte diese das auch tun.
- Das Wohnungsangebot als Alternative zum eigenen Haus sei eigentlich ausreichend, in der Innenstadt gäbe es viele Wohnungen. Dieser Aussage wurde widersprochen, da diese Wohnungen auch nicht seniorengerecht seien, ein Umzug daher keinen Sinn mache.
- Eine Frau merkte hierzu an, dass sie keine Alternative kennen würde, wenn sie aus ihrem Haus ausziehen müsste.
- Die barrierefreien Wohnungen von SeniVita wurden als Wohn-Option genannt, diese seien aber teuer.
- Insgesamt wurde festgehalten, dass seniorengerechtes Wohnen und Pflege stark von der finanziellen Ausstattung der Einzelnen abhängen. Insbesondere Frauen mit geringen Renten und unverkäuflichen Eigenheimen müssten eben, wenn es nicht mehr anders gehe, irgendwann in ein Heim.
- Eine Frau erkundigte sich, ob die Mitarbeiter des BASIS-Instituts Auskunft über die günstigsten Heime geben können, da dies für Hochbetagte eine wichtige Information sei.



- Herr Sauer merkte an, dass nicht das preisgünstigste Heim gesucht werden müsse, sondern ein Heim, das den eigenen Bedürfnisse am ehesten gerecht werde. Könne man dieses nicht mehr selbst finanzieren, springe ja die Sozialhilfe ein.
- Die Frage kam auf, ob in diesem Fall vom Amt auf Vermögen zugegriffen werden könne, das bereits vererbt bzw. übertragen wurde. Hierzu merkte Herr Sauer an, dass auf Gelder zugegriffen werden könne, die innerhalb der letzten 10 Jahre per Schenkung übertragen wurden.
- Zur Frage, ob auch Schwiegerkinder zur Versorgung der Schwiegereltern herangezogen werden können, merkte Herr Sauer an, dass dies nur bei direkten Familienangehörigen möglich sei.
- Frau Eichhorn wies eindringlich darauf hin, dass zum einen klassische Pflegeheime nicht die einzige Alternative bei starker Pflegebedürftigkeit seien und man sich in einer Gesellschaft, die in Zukunft aus genauso viel Rentnern wie Erwerbstätigen bestehen werde, eine Übernahme von Heimkosten durch den Beitrags- und Steuerzahler nicht mehr leisten könne. Man müsse sich daher jetzt darum kümmern, Alternativen für den Einzelnen und die Gemeinschaft zu finden.
- Man regte an, sich beraten zu lassen, solange man noch fit sei. Einige jüngere Anwesenden sahen dennoch keine Notwendigkeit, bereits beim Hausbau auf Barrierefreiheit zu achten oder frühzeitig mit Ihren berufstätigen (Schwieger-)Töchtern über häusliche Pflege zu sprechen. Darum kümmere man sich, wenn es soweit sei.
- Einige machten sich Gedanken über mögliche Wohnprojekte vor Ort. In der Stadt habe man ja Leerstand, diesen könne man doch für Seniorenwohnen nutzen. Gemeinsame Wohnformen mit Jüngeren wurden ebenfalls angeregt.
- Das Wohnen in einer WG wird von manchen kritisch gesehen, da man in einem gewissen Alter seinen Mitmenschen gegenüber vielleicht nicht mehr so tolerant sei. Außerdem stand die Frage im Raum, was man in einer WG tue, wenn man pflegebedürftig werde.
- Frau Eichhorn wies darauf hin, dass nicht jede Wohnform für jeden geeignet sei. Grundsätzlich würden aber Menschen, die sich für eine Alters-WG entscheiden, dieselben Entscheidungen treffen müssen wie Familien (Wer kann wem wann helfen? Nutzt man Hilfe von außen? Welchen Pflegedienst zieht man hinzu? ...). Bei gemeinschaftlich wie familiär organisiertem Wohnen im Alter müsse man sich weiterhin Gedanken darüber machen, wie man Teilhabe und Hilfen organisiere.
- Man überlegte, dass mehrere Haushalte zusammen eine Haushaltshilfe engagieren könnten.
- Im Bekanntenkreis einer Frau gebe es ein Paar, das sich eine Frau gesucht hat, die jeden zweiten Tag ins Haus kommt und dann auch immer schon für den folgenden Tag vor-kocht.

6.3 Stichwort ‚Engagement‘:

- Man müsse eine Versorgungsbörse schaffen, in der Dienste wie Rasen mähen oder Schnee schippen koordiniert würden. Der Seniorenbeauftragte könne dies vielleicht koordinieren.
- Frau Eichhorn wies darauf hin, dass man freiwilliges Engagement nicht überbelasten dürfe und ein ehrenamtlicher Seniorenbeauftragter nicht bzw. nicht allein alle Probleme lösen könne. Versorgungsbörsen könnten z.B. auch als klassischer Verein organisiert werden, um den Organisationsaufwand auf mehrere Schultern zu verteilen.
- Bürgermeister Ziegler stellte bei dieser Gelegenheit das privatwirtschaftliche Versorgungsangebot einer Eltmanner Ehepaars vor, das sich gerade mit der Idee haushaltsnaher Dienstleistungen selbständig gemacht hatte.
- Zum Thema Zeitgestaltung wurden die kirchlichen Seniorenkreise, das lokale Seniorensportangebot und Seniorenfahrten genannt.
- Frau Eichhorn würdigte das Engagement im Bereich der klassischen Seniorenarbeit, gab aber auch zu bedenken, dass die Reichweite dieser Angebote sowohl was Nutzerkreis als auch zeitlichen Turnus angehe nicht ausreiche, um die soziale Teilhabe älterer Menschen zu sichern.
- Eine Volksküche wie in Schweinfurt würde man begrüßen, müsse aber natürlich bedenken, dass die Gastwirte vor Ort dies kritisch sehen könnten.
- Mehr Tanzangebote, zum Beispiel ein Tanzcafé, wären schön.

7 Verabschiedung

Frau Eichhorn sagte noch ein paar zusammenfassende Worte und bedankte sich zusammen mit Herrn Bürgermeister Ziegler bei allen Teilnehmern für die rege Beteiligung.